

Korrigierte Version  
(Tabelle 2 auf Seite 595)



**591 Bericht** von Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos

## Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland

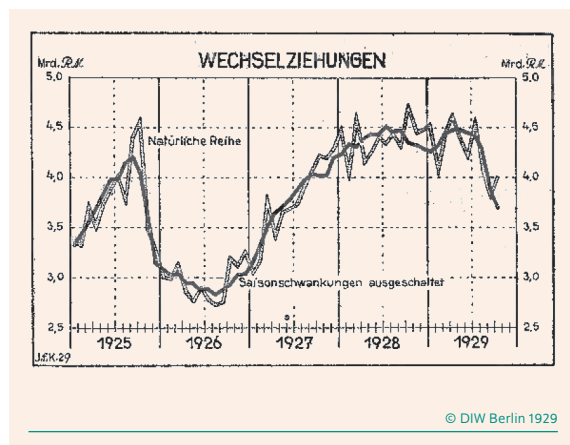
- Hoher Zuspruch für Grüne in wirtschaftlich starken und demografisch jungen Kreisen
- Hoher Zuspruch für AfD dort, wo wirtschaftliche Lage weniger gut ist, Bevölkerung abwandert und Arbeitsplatzverluste drohen
- Polarisierung hat im Vergleich zu Bundestagswahl zugenommen

**603 Interview** mit Christian Franz

**604 Kommentar** von Claus Michelsen

## Die Zeit ist reif für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik

### Sinkender Wechselumlauf



Die Wechselziehungen sind im Oktober um rd. 300 Mill. RM weniger gestiegen, als saisonmäßig zu erwarten war. Sie betrugen rd. 4 Mrd. RM gegenüber 3,8 Mrd. RM im September. Die normale Saisonbewegung hätte dagegen eine Steigerung auf 4,3 Mrd. RM bedingt.

In der großen Linie ergibt sich nunmehr – bei Ausschaltung der Saisonbewegung – ein anhaltender Rückgang der Wechselziehungen seit Juni d. J. Dementsprechend hat sich auch der Wechselumlauf gesenkt. Er ist gegenwärtig mit etwa 10,5 Mrd. RM um rd. 1,2 Milliarden RM niedriger als im April d. J. und um gleichfalls mehr als 1 Mrd. RM geringer als vor einem Jahr.

Aus dem Wochenbericht Nr. 34 vom 20. November 1929

### IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 21. August 2019

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

#### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Prof. Dr. Martin Kroh

#### Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Dr. Alexander Zerrahn

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

#### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

## Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland

Von Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos

- Studie untersucht auf Kreisebene, welche ökonomisch-demografischen Faktoren das Abschneiden von Grünen und AfD bei der Europawahl 2019 erklären
- Hoher Zuspruch für Grüne in wirtschaftlich starken, demografisch jungen sowie wirtschaftsstrukturell soliden Kreisen
- AfD schneidet dort besonders gut ab, wo wirtschaftliche Lage weniger gut ist, Bevölkerung abwandert und Arbeitsplatzverluste drohen
- Vergleich mit Bundestagswahl 2017 bestätigt zunehmende Polarisierung der Kreise
- Ungleichheit der Lebensverhältnisse bekräftigt hohen Handlungsbedarf für die Politik

**Unterschiedliche Lebensbedingungen zwischen Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland spiegeln sich stark im Wahlergebnis von Grünen und AfD bei der Europawahl 2019 wider**

### Grüne

Kreise und kreisfreie Städte mit hohem Zuspruch für die Grünen sind ...



Quellen: eigene Darstellung.

### AfD

Kreise und kreisfreie Städte mit hohem Zuspruch für die AfD sind ...



© DIW Berlin 2019

### ZITAT

„Die Europawahl hat eine Verschiebung in der deutschen Parteienlandschaft offenbart: Abkehr von der Großen Koalition, hin vor allem zu den Grünen bei gleichzeitiger Konsolidierung der AfD. Die hier durchgeführten Analysen machen deutlich, dass diese beiden Parteien in Regionen mit entgegengesetzten wirtschaftlichen, strukturellen und demografischen Merkmalen erfolgreich sind.“ — Alexander S. Kritikos —

### MEDIATHEK



**Audio-Interview** mit Christian Franz  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland

Von Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos

## ABSTRACT

Die Europawahl 2019 hat in Deutschland markante regionale Unterschiede im Wahlverhalten aufgezeigt. Im Vergleich zur Bundestagswahl verzeichnen vor allem die Grünen starke Stimmengewinne in westdeutschen Kreisen, während die AfD ihren Erfolg in den ostdeutschen Kreisen konsolidieren kann. Dieser Wochenbericht untersucht auf Kreisebene, welche strukturellen Faktoren das Abschneiden der beiden Parteien bei der Europawahl erklären. Der Zuspruch für die Grünen ist in wirtschaftlich starken, demografisch jungen und dynamischen sowie wirtschaftsstrukturell soliden Kreisen hoch. Dagegen schneidet die AfD in Kreisen gut ab, die wirtschaftlich schwächer und verwundbarer sind und unter Abwanderung leiden. Die Stärke sowohl von Grünen als auch AfD ist dabei weniger durch aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen, sondern mehr durch strukturelle und demografische Faktoren geprägt. Grüne und AfD stellen somit nicht nur auf der politischen Bühne Gegenpole dar, ihre Ergebnisse bei der Europawahl spiegeln auch die gesellschaftliche Spaltung Deutschlands auf regionaler Ebene wider.

Seit 2005 regiert in Deutschland – abgesehen von einer vierjährigen Unterbrechung – eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD. Diese nehmen viele Wählerinnen und Wähler vermutlich als sehr konsensorientiert wahr. Nichtsdestotrotz sind neue Konfliktlinien, von Zuwanderung bis Klimafragen, entstanden, die die politische Agenda seit längerem dominieren. Gleichzeitig rücken die zunehmend unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Deutschland in den Vordergrund der öffentlichen Debatte. Der kürzlich veröffentlichte Bericht einer von der Bundesregierung gemäß Koalitionsvertrag eingesetzten Kommission hat diese Unterschiede erneut bestätigt.<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit es den beiden Gewinnern der letzten Wahlen gelungen ist, die unterschiedlichen Wählerschaften anzusprechen, die sich hinter dieser zunehmenden Kluft in den Lebensverhältnissen verbergen.

Bei der Europawahl vom 26. Mai 2019 konnten zwei Parteien, nämlich Bündnis 90/Die Grünen und die Alternative für Deutschland (AfD), die sich auf Bundesebene derzeit in der Opposition befinden und bei vielen Themen wie der Globalisierungs-, Migrations- und Klimapolitik gegensätzliche Positionen vertreten, die Wahlkampfthemen bestimmen. Die Grünen wurden zweitstärkste Kraft in Deutschland und haben im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 ihren Stimmanteil mit 20,5 Prozent mehr als verdoppelt (Abbildung 1).<sup>2</sup> Vor allem ihr Ergebnis im Westen der Republik sticht mit 22,2 Prozent hervor, während sie im Osten (ohne Berlin) mit 10,3 Prozent nur fünftstärkste Partei wurden. Die AfD verlor ihrerseits zwar im Vergleich zur Bundestagswahl mit einem Ergebnis von elf Prozent der Stimmen etwa 1,6 Prozentpunkte, zieht aber vor allem im Osten mit einem Stimmanteil von 22 Prozent (spiegelverkehrt zu den

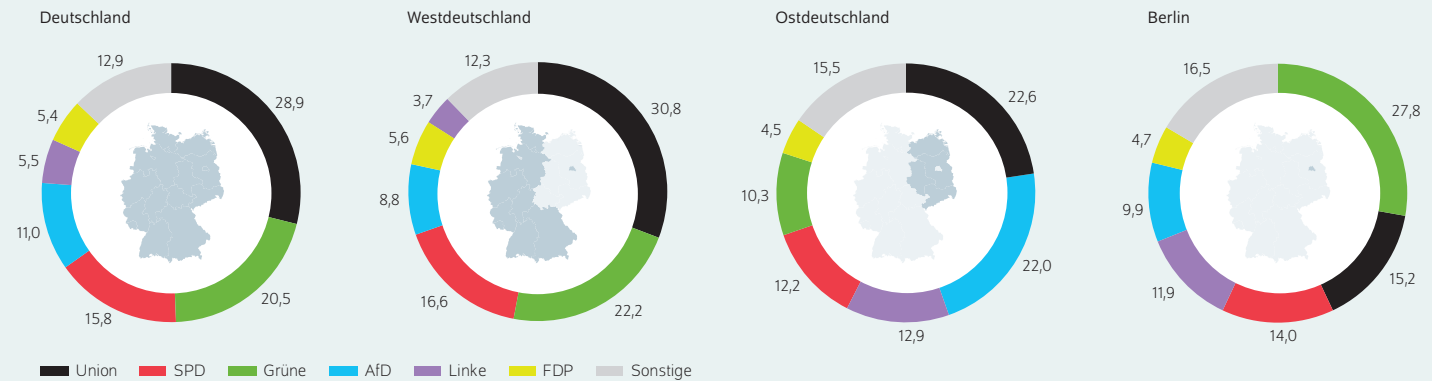
<sup>1</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall – Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzende zur Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ (online verfügbar, abgerufen am 23. Juli 2019). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch Martin Kroh und Jürgen Schupp (2011): Bündnis90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? DIW Wochenbericht Nr. 12 (online verfügbar). Bereits dort haben die Autoren auf das Potential der Grünen, eine Volkspartei zu werden, hingewiesen.



Abbildung 1

## Ergebnis der Europawahl 2019 in Deutschland Stimmanteile in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter; Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Insbesondere im Westen Deutschlands war der Zuspruch für die Grünen groß.

Grünen) nahezu mit der CDU gleich, während sie im Westen mit 8,8 Prozent nur auf Rang vier rangiert.

Die Wählerschaft der Grünen besteht, das haben frühere Untersuchungen am DIW Berlin gezeigt,<sup>3</sup> traditionell zum großen Teil aus Menschen in Großstädten, gut ausgebildeten, jüngeren Personen (vor allem solchen mit einem Hochschulabschluss); der Anteil von Angestellten und Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist zudem hoch. Dagegen gelang es den Grünen bisher kaum, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten anzusprechen. Genau diese beiden Gruppen machen einen überproportional hohen Anteil der AfD-Wählerschaft aus. Diese ist außerdem eher in kleineren Gemeinden anzutreffen, gleichzeitig dominieren Personen mit einem mittleren Abschluss. Auch Selbständige finden sich verglichen mit dem Bevölkerungsdurchschnitt überproportional häufig unter der AfD-Wählerschaft, Angestellte und Hochschulabsolventinnen und -absolventen dagegen seltener.<sup>4</sup>

Dieser Wochenbericht geht der Frage nach, inwieweit sich die aus den unterschiedlichen Lebensverhältnissen resultierenden gesellschaftlichen Gegensätze in diesen beiden Parteien widerspiegeln<sup>5</sup> und analysiert dafür drei Dimensionen.

Erstens die ökonomische Situation beziehungsweise Stärke bestimmter Regionen, gemessen an der unterschiedlichen Partizipation der Menschen an den Einkommenszuwächsen der letzten Jahre, an der Höhe der verfügbaren Einkommen und an den lokalen Arbeitslosenquoten.<sup>6</sup> Die zweite Dimension ist die strukturelle Verwundbarkeit der Wirtschaft: Die Automatisierung vieler Prozesse (zum Beispiel durch die vorschreitende Digitalisierung) schafft Gewinner, für die sich neue berufliche Chancen ergeben. Gleichzeitig gibt es auch viele potentielle Verlierer, etwa Arbeiterinnen und Arbeiter, die fürchten, ihren Job zu verlieren (oder ihn schon verloren haben).<sup>7</sup> Drittens werden demografische Entwicklungen analysiert: Manche Regionen in Deutschland sind von starker, auch innerdeutscher Zuwanderung geprägt, andere sehen sich mit Abwanderung konfrontiert. Das wird langfristig massive Auswirkungen für deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven haben, die bereits jetzt die Wahlergebnisse beeinflussen dürften.<sup>8</sup>

Entsprechend wird diskutiert, in welchem Zusammenhang diese ökonomischen, strukturellen und demografischen Ausprägungen der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte (im

<sup>3</sup> Vgl. Karl Brenke und Alexander S. Kritikos (2017): Wählerstruktur im Wandel. DIW Wochenbericht Nr. 29 (online verfügbar).

<sup>4</sup> Zum Profil der AfD-Wählerschaft siehe auch Martin Kroh und Karolina Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34 (online verfügbar).

<sup>5</sup> Der Einfluss von gesellschaftlichen Änderungen auf sich wandelnde Parteipräferenzen wurde bereits von Rainer Schnell und Ulrich Kohler (1995): Empirische Untersuchung einer Individualisierungsthese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953–1992. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47, 634–657 für Deutschland diskutiert; vgl. auch Walter Müller (1998): Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50, 3–46.

<sup>6</sup> Zum Einfluss ökonomischer Variablen auf das Wahlverhalten siehe bereits Anthony Downs (1957): An Economic Theory of Democracy. Harper & Row. New York.

<sup>7</sup> Die Beobachtungen des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien in Europa, der Wahlsieg Donald Trumps in den USA sowie der Erfolg der Brexit-Kampagne warfen erneut die Frage auf, ob diese Entwicklungen mit einer neuen politisch-normativen Spaltung (engl. „Cleavage“) zusammenhängen. Für eine Diskussion der „Cleavage theory“ siehe: Liesbet Hooghe und Gary Marks (2018): Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage. Journal of European Public Policy, 25(1), 109–135. Für Deutschland identifiziert Michael Zürn entlang der Frage nach Gewinnern und Verlierern der Globalisierung die Grünen als die idealtypischen Vertreter des Kosmopolitismus und die AfD als Vertreter des Kommunitarismus. Zum Konzept vgl. Michael Zürn und Pieter de Wilde (2016): Debating globalization: cosmopolitanism and communitarianism as political ideologies. Journal of Political Ideologies, 21:3, 280–301.

<sup>8</sup> Neben diesen drei Dimensionen gibt es zweifelsohne weitere Einflüsse auf das Wählerverhalten, etwa sozial-psychologische, historische und politisch-kulturelle Einflüsse. Siehe dazu etwa vor dem Hintergrund bestehender Ost-West-Unterschiede Felix Arnold, Ronny Freier und Martin Kroh (2015): Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung? DIW Wochenbericht Nr. 37 (online verfügbar).

## Kasten

## Daten und Methodik

## Datengrundlage

Die vorliegende Analyse verknüpft die endgültigen Wahlergebnisse aus den Wahlen 2019 (Europaparlament) und 2017 (Bundestag) mit Strukturdaten auf Ebene der 401 Kreise und kreisfreien Städten (im Folgenden „Kreise“). Die verwendeten Strukturdaten der Kreise umfassen insgesamt acht Variablen (Tabelle 1).

Die 401 Kreise verteilen sich auf 324 Kreise in Westdeutschland und 76 in Ostdeutschland – Berlin wurde in den späteren Analysen ausgeschlossen. In jedem Kreis lebten zum 31. Dezember 2017 durchschnittlich etwa 207 000 Menschen (Minimum: 34 300, Maximum: 3,6 Millionen), von denen durchschnittlich etwa 154 000 wahlberechtigt waren (Minimum: 26 396, Maximum: 2,5 Millionen).

Es werden die Stimmanteile der Parteien bei der Europawahl untersucht; für die Bundestagswahl 2017 werden die Zweitstimmen analysiert – im weiteren Text auch „Stimmanteile“ genannt. Die Berechnung erfolgt auf Grundlage der absoluten Stimmen im jeweiligen Kreis:

$$\text{Stimmanteil der jeweiligen Partei} = \frac{\text{gültige Stimmen für jeweilige Partei}}{\text{Anzahl aller gültigen Stimmen}}$$

Die für die Analyse verwendeten „Strukturvariablen“ sind für fast alle Kreise für die gegebenen Zeitpunkte beziehungsweise Zeiträume

me verfügbar. Da die Werte für die Abiturquote für Bamberg und Schweinfurt nicht vorhanden sind, wurden diese Kreise bei der Analyse ausgeschlossen. Für die verwendeten Strukturvariablen wurden die jeweils zuletzt verfügbaren Beobachtungen verwendet. Bei den Variablen, die Veränderungen darstellen – also „durchschnittlicher Wanderungssaldo“ und „Durchschnittliche Veränderung der verfügbaren Haushaltseinkommen“ –, wurden jeweils plausible Zeithorizonte ausgewählt.

## Methodisches Vorgehen

In der Analyse werden die acht Strukturvariablen in drei Kategorien eingeteilt:

**Ökonomische Situation:** (a) verfügbare Einkommen der Haushalte im Jahr 2016, (b) durchschnittliche jährliche Veränderung der verfügbaren Einkommen der Haushalte seit 2005 und (c) Arbeitslosigkeit im Januar 2019.

**Strukturelle Verwundbarkeit:** (a) Dichte von Handwerksunternehmen im Jahr 2016 und (b) Substituierbarkeitspotential bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Das Substituierbarkeitspotential gibt an, inwiefern Berufe beziehungsweise berufliche Tätigkeiten gegenwärtig durch den Einsatz von Computern oder computergesteuerten Maschinen ersetzt werden könnten, vgl. Katharina Dengler (2019): Substituierbarkeitspotenziale von Berufen und Veränderbarkeit von Berufsbildern. IAB-Stellungnahme 2/2019 (online verfügbar).

Tabelle 1

## Verwendete Variablen

| Name                                  | Beschreibung   | Quelle   |
|---------------------------------------|--|--|
| <b>Ökonomische Situation</b>          |  |  |
| Arbeitslosigkeit                      | Arbeitslosenquote Januar 2019 – insgesamt  | Bundeswahlleiter, Rohdaten Bundesagentur für Arbeit                                |
| Verfügbare Einkommen                  | Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2016 (Euro je EinwohnerIn)  | Bundeswahlleiter, Rohdaten Regionaldatenbank Deutschland                           |
| Entwicklung der verfügbaren Einkommen | Durchschnittliche, jährliche Veränderungsrate der verfügbaren Einkommen 2005 bis 2016  | Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (online verfügbar) |
| <b>Strukturelle Verwundbarkeit</b>    |  |  |
| Dichte der Handwerksunternehmen       | Anzahl der zulassungsfreien und zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen je 1 000 EinwohnerInnen im Jahr 2016                | Regionaldatenbank Deutschland für die Anzahl der Unternehmen und Bevölkerung 2016  |
| Substituierbarkeitspotential          | Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berufen mit hohem Substituierbarkeitspotential im Jahr 2016 (Prozent) | Dengler, Matthes und Wydra-Somaggio (2018) (online verfügbar)                      |
| <b>Demografische Entwicklung</b>      |  |  |
| Abiturquote                           | AbsolventInnen/AbgängerInnen allgemeinbildender Schulen 2017 – mit allgemeiner und Fachhochschulreife (Prozent)                | Bundeswahlleiter, Rohdaten Regionaldatenbank Deutschland                           |
| Durchschnittliches Wanderungssaldo    | Zu- (+) bzw. Abnahme (-) der (je 1 000 EinwohnerInnen), Werte von 2000 bis 2017 gemittelt                                      | INKAR, Regionaldatenbank Deutschland für 2016 (online verfügbar)                   |
| Anteil der Menschen im Alter von 60+  | Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und älter am 31.12.2017 (Prozent der Gesamtbevölkerung)                                     | Bundeswahlleiter, Rohdaten Regionaldatenbank Deutschland                           |

*Demografische Entwicklung:* (a) Bevölkerungsanteil der Menschen im Alter von 60 Jahren oder älter im Jahr 2017, (b) Durchschnittlicher Wanderungssaldo in den Jahren 2000 bis 2017 und (c) Abiturquote im Jahr 2017.

Die verwendeten Strukturvariablen werden mittels einer Hauptkomponentenanalyse zu drei Faktoren aggregiert. Diese Methode extrahiert die statistische Varianz, die den einzelnen Variablen gemein ist, und produziert Komponenten, die gemeinsam die gesamte Varianz abbilden. In der Analyse wird davon ausgegangen, dass die erste Hauptkomponente den maßgeblichen Teil der Varianz einfängt und damit eine geeignete Repräsentierung der zugrundeliegenden Variablen darstellt.

### Standardisierung der Variablen

Um eine einheitliche Interpretation der Variablen zu ermöglichen, wurden die stetigen Variablen gemäß folgendem Schema standardisiert:  $\hat{x}_i = \frac{x_i - \bar{x}}{\sigma_x}$ . Der transformierte Wert von  $\hat{x}_i$  entspricht dem Ursprungswert  $x_i$  abzüglich des arithmetischen Mittels der Variable über alle Kreise hinweg, dividiert durch die Standardabweichung der Variable im Datensatz ( $\sigma_x$ ). Die abhängige Variable in den Regressionen (Stimmanteil der jeweiligen Partei in Prozent) sowie die Dummyvariable zur Unterscheidung von Ost und West wurden nicht transformiert. Der Wert und die Interpretation der geschätzten Koeffizienten verändern sich durch die Transformation. Die Konfidenzintervalle ändern sich durch die Transformation nicht.

### Multivariate Regression

Nach der oben beschriebenen Ermittlung der ersten Hauptkomponenten werden diese Komponenten in einer multivariaten Regressionsanalyse verwendet (OLS), um mithilfe von diesen drei

Variablen sowie einer Ost-West-Dummyvariable Einflüsse auf die Wahlergebnisse in den Kreisen abzuschätzen. Die Modelle folgen der Funktion:

$$\text{Partei}_i^p = \beta_0 + \beta_1 \text{Ökonomische Stärke}_i + \beta_2 \text{Wirtschaftliche Struktur/Verwundbarkeit}_i + \beta_3 \text{Demographische Stärke}_i + \beta_4 \text{DummyOW} + \epsilon_i$$

Dabei ist die zu erklärende Variable der Stimmanteil der jeweiligen Partei  $p$  im Kreis  $i$  bei der Europawahl 2019 in Prozent. Die erklärenden Variablen sind (1) *ökonomische Situation* [hoher Wert = ökonomisch attraktiver, niedriger Wert = ökonomisch weniger attraktiv], (2) *strukturelle Verwundbarkeit* [hoher Wert = ökonomisch verwundbarer, niedriger Wert = ökonomisch weniger verwundbar], (3) *demografische Entwicklung* [hoher Wert = demografisch attraktiver, niedriger Wert = demografisch weniger attraktiv] und (4) eine Dummyvariable, die ost- und westdeutsche Kreise unterscheidet (Ost = 1). Der Fehlerterm  $\epsilon$  erfasst dabei Messfehler sowie nicht berücksichtigte Einflüsse von Drittvariablen.

### Deskriptive Statistiken zum Datensatz

Für die hier verwendeten Variablen wurden deskriptive Statistiken verwendet (Tabelle 2). Dabei wurden ungewichtete Durchschnitte verwendet, sprich Unterschiede in der Bevölkerungszahl nicht berücksichtigt – jeder Kreis zählt als gleichwertige Beobachtung. Dieses Vorgehen erklärt die Abweichungen von den amtlichen Statistiken.

Tabelle 2

### Statistiken zu den Variablen

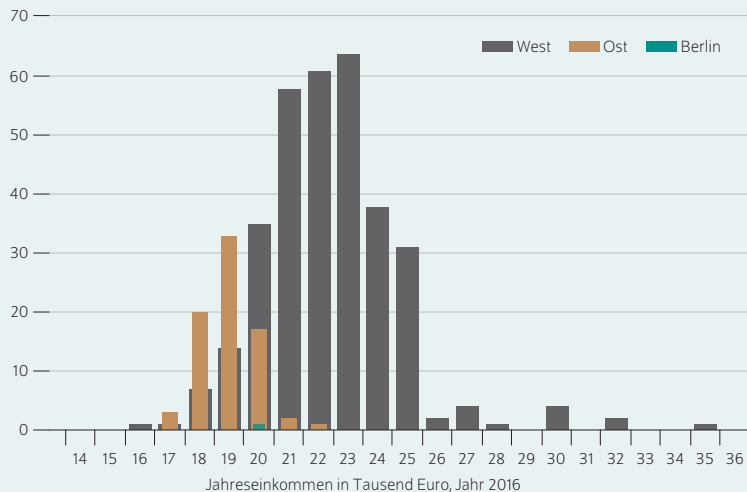
| Variable                          | Durchschnitt | Standardabweichung | Minimum  | Maximum  | Einheit  |
|-----------------------------------|--------------|--------------------|----------|----------|--|
| Verfügbares Einkommen             | 21 717,5     | 2 494,1            | 16 203,0 | 34 987,0 | Euro / Jahr  |
| Veränderung verfügbares Einkommen | 2,0          | 0,5                | -0,1     | 3,3      | Prozent gegenüber dem Vorjahr                            |
| Arbeitslosigkeit                  | 5,1          | 2,2                | 1,5      | 12,8     | Prozent  |
| Bevölkerung 60 Jahre und älter    | 28,9         | 3,5                | 20,5     | 40,2     | Prozent an der Gesamtbevölkerung                         |
| Wanderungssaldo                   | 2,7          | 3,9                | -10,3    | 13,5     | Zunahme (+)/Abnahme (-) / 1 000 EinwohnerInnen           |
| Abiturquote                       | 32,7         | 8,6                | 11,1     | 57,9     | Prozent aller Absolventen                                |
| Dichte Handwerksunternehmen       | 7,2          | 1,8                | 3,0      | 12,8     | Handwerksunternehmen / 1 000 EinwohnerInnen              |
| Substituierungsrisiko             | 27,4         | 6,0                | 14,0     | 52,0     | Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten |

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Abbildung 2

### Kreise und kreisfreie Städte nach durchschnittlichem verfügbarem Haushaltseinkommen

Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quelle: Bundeswahlleiter; Rohdaten Regionaldatenbank Deutschland; eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2019

Kreise mit hohen durchschnittlichen Einkommen liegen ausschließlich im Westen.

Folgenden kurz Kreise) mit den Wahlerfolgen der Grünen und der AfD stehen. Mit der Analyse werden nicht Wahlentscheidungen einzelner Menschen untersucht, sondern der Einfluss von Strukturmerkmalen eines Kreises auf die Wahlergebnisse im gesamten Kreis. Grundlage der Untersuchung sind neben den Wahlergebnissen in den 401 Kreisen entsprechende Strukturdaten auf Kreisebene. Diese Daten liegen für nahezu alle Kreise vor, sodass die Analysen auf Basis von 398 Kreisen durchgeführt werden konnten (Kasten). Vorab wird anhand mehrerer markanter Beispiele veranschaulicht, welche Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen den Kreisen in Deutschland bestehen.

### Erhebliche wirtschaftliche, strukturelle und demografische Unterschiede

Das im Jahr 2016 verfügbare durchschnittliche Haushaltseinkommen in einem Kreis schwankt bei einem bundesweiten Durchschnitt von rund 21 700 Euro zwischen etwas über 16 200 Euro in Gelsenkirchen und knapp 35 000 Euro in Starnberg (Abbildung 2).<sup>9</sup> Selbst wenn die Arbeitslosenquote im gesamten Bundesgebiet sehr niedrig ist (5,1 Prozent im Januar 2019), fallen auch hier erhebliche Unterschiede auf: Während die Kreise Eichstätt und Donau-Ries (Bayern) Arbeitslosenquoten von unter zwei Prozent aufweisen, sind in Bremerhaven und Gelsenkirchen rund 13 Prozent der Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet.

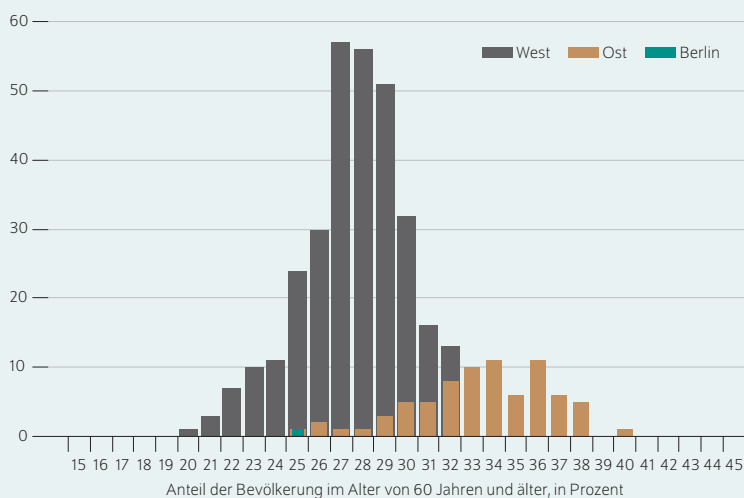
Auch in der demografischen Entwicklung gibt es massive Unterschiede: Es gibt Kreise, in denen nur jede fünfte Person 60 Jahre oder älter ist (etwa in Frankfurt am Main oder Heidelberg-Stadt). In anderen Kreisen sind es fast doppelt so viele (etwa Suhl, Dessau-Roßlau, Altenburger Land, alleamt in Ostdeutschland, Abbildung 3). Mit diesem Befund eng verbunden sind die Wanderungsbewegungen, die aber erst im Laufe der Zeit hervortreten. Die Salden der Gesamtwanderung (also die Differenz aus Zuzügen und Fortzügen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner) in den Jahren 2000 bis 2017 ergeben ein zur Altersstruktur passendes Bild (Abbildung 4). In der kreisfreien Stadt Suhl sind zum Beispiel durchschnittlich zehn Menschen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr fort- als hinzugezogen. Bei der in Deutschland niedrigen Fertilitätsrate führt dies zu einem dramatischen Bevölkerungsschwund. In Suhl lebten Ende 2017 knapp 13 000 weniger Menschen als Ende des Jahres 2000.

Ähnliche Unterschiede zeigen sich beim Vergleich der Unternehmensstruktur. Zieht man zum Beispiel die Dichte der Handwerksunternehmen in den einzelnen Kreisen als Maßstab für wirtschaftliche Kleinteiligkeit heran, gibt es in manchen Kreisen weniger als drei Handwerksunternehmen

Abbildung 3

### Kreise und kreisfreie Städte nach Anteil der Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und höher

Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quelle: Bundeswahlleiter; Rohdaten Regionaldatenbank Deutschland; eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2019

Die „ältesten“ Kreise liegen im Osten Deutschlands.

<sup>9</sup> Das verfügbare Haushaltseinkommen, das die Kaufkraft der Bevölkerung in einem Kreis widerspiegelt, dürfte für die Analyse von Wahlentscheidungen aus ökonomischer Sicht wichtiger sein als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, das eher Auskunft über den wirtschaftlichen Output in einem Kreis gibt. Zu Disparitäten im Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem siehe auch BMI (2019), a. a. O.



je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Wolfsburg), in anderen sind es knapp 13 (Bad Tölz).<sup>10</sup>

Eine weitere Strukturvariable greift die in Deutschland geführte Debatte rund um Globalisierung und Digitalisierung auf (Stichwort „Industrie 4.0“). Vor allem im produzierenden Gewerbe beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter fürchten aufgrund zunehmender Automatisierung um ihre Jobs. Diese Gefahr betrifft nicht alle Kreise im gleichen Maße. Es gibt Kreise, in denen gerade einmal acht Prozent aller abhängig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe tätig sind (zum Beispiel Potsdam oder Bonn), in anderen Kreisen sind es bis zu 63 Prozent (beispielsweise Tuttlingen). Um die Gefahr weiterer Automatisierungswellen abzubauen, wird ein vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) entwickelter Indikator verwendet. Das sogenannte „Substituierbarkeitspotential“ erfasst, inwieweit Berufe beziehungsweise berufliche Tätigkeiten durch den Einsatz von Computern oder computergesteuerten Maschinen ersetzt werden könnten (Abbildung 5).<sup>11</sup>

Insgesamt erlauben diese Daten auf Kreisebene eine Beschreibung der unterschiedlichen Umstände der dort lebenden Menschen. Ein West-Ost-Gefälle zeichnet sich nach wie vor ab, insbesondere wenn es um die Demografie geht. Aber auch zwischen den ostdeutschen Kreisen gibt es markante Unterschiede, sodass beim Osten nicht unisono von einer Problemregion gesprochen werden darf. Die Streuung des verfügbaren Haushaltseinkommens oder der Arbeitslosenquoten macht zudem deutlich, dass Westdeutschland im Hinblick auf die gesellschaftliche Kluft zwischen seinen Kreisen einer größeren Schwankungsbreite ausgesetzt ist als Ostdeutschland.

### Kreise mit hohem Zuspruch für AfD oder Grüne unterscheiden sich entlang aller drei Dimensionen stark

Die oben beschriebenen Strukturdaten wurden in drei thematischen Indizes zusammengefasst (Kasten), die für 398 Kreise die „ökonomische Situation“, die „strukturelle Verwundbarkeit“ und die „demografische Entwicklung“ umreißen. Es wurde dann untersucht, inwieweit diese Variablen mit den Stimmanteilen der Parteien bei der Europawahl 2019 korrelieren (Tabelle). Der Fokus liegt dabei auf den Grünen sowie der AfD.

Die Zustimmung zu den Grünen steigt umso mehr, je besser die ökonomische Situation in einem Kreis ist, also je niedriger die Arbeitslosenquote, je höher das verfügbare Jahreseinkommen der Haushalte und je stärker dieses Einkommen

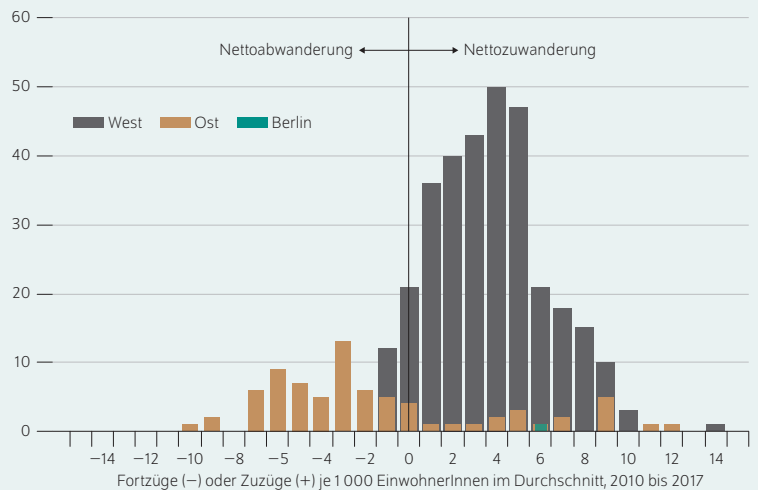
<sup>10</sup> Zwischen der Dichte der Handwerksunternehmen und der Wirtschaftsleistung im Kreis – gemessen am Bruttoinlandsprodukt je EinwohnerIn – lässt sich ein negativer Zusammenhang feststellen. In Kreisen mit hoher Dichte an Handwerksunternehmen ist die Wirtschaftsleistung also tendenziell niedriger.

<sup>11</sup> Vgl. Katharina Dengler, Britta Matthes und Gabriele Wydra-Somaggio (2018): Digitalisierung in den Bundesländern: Regionale Branchen- und Berufsstrukturen prägen die Substituierbarkeitspotenziale. IAB-Kurzbericht 22/2018 (online verfügbar); sowie Katharina Dengler und Britta Matthes (2018): The impacts of digital transformation on the labour market. Substitution potentials of occupations in Germany. In: Technological Forecasting and Social Change, Vol. 137, December, 304-316. Beide Indikatoren – Beschäftigte im produzierenden Gewerbe und Substituierungspotential – sind hochgradig korreliert.

Abbildung 4

### Kreise und kreisfreie Städte nach durchschnittlichem Wanderungssaldo

Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quelle: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung; Regionaldatenbank Deutschland für 2016; eigene Berechnungen.

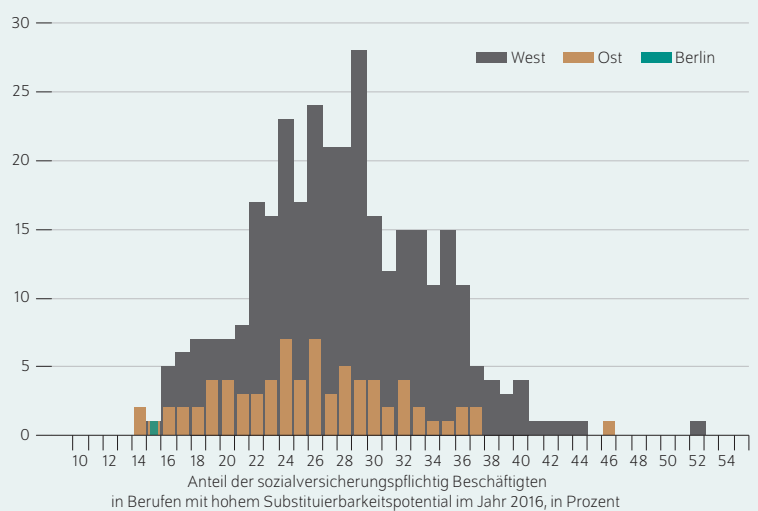
© DIW Berlin 2019

Insbesondere Kreise im Osten sind von Abwanderung betroffen.

Abbildung 5

### Kreise und kreisfreie Städte nach Substituierbarkeitspotential

Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte



Quelle: Dengler, Matthes und Wydra-Somaggio (2018), a.a.O.; eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2019

Kreise mit hohem Substituierbarkeitspotential gibt es sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands.

Tabelle

## Einfluss der drei Dimensionen<sup>1</sup> auf Stimmanteile der Parteien bei der Europawahl 2019

### Regressionstabelle

|   |             | Unabhängige Variable: Stimmanteil Europawahl |                      |                      |                      |                      |                      |
|---|-------------|--|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| Erklärende Variablen                    |             | Union  | SPD                  | Grüne                | AfD                  | Linke                | FDP                  |
| Ökonomische Situation/Stärke            | Koeffizient | 1,538**<br>(0,224)                           | -1,727***<br>(0,270) | 0,612***<br>(0,203)  | -0,443***<br>(0,203) | -0,455***<br>(0,129) | 0,202***<br>(0,071)  |
| Demografische Stärke                    | Koeffizient | -0,223<br>(0,279)                            | -1,520***<br>(0,319) | 1,840***<br>(0,295)  | -0,820***<br>(0,205) | 0,000*<br>(0,138)    | -0,116***<br>(0,098) |
| Wirtschaftliche Struktur/Verwundbarkeit | Koeffizient | 4,239***<br>(0,315)                          | -1,846***<br>(0,420) | -2,915***<br>(0,269) | 0,820***<br>(0,239)  | -0,605***<br>(0,139) | -0,507***<br>(0,098) |
| Ost-West-Dummy                          | Koeffizient | -10,002***<br>(0,814)                        | -8,221***<br>(0,874) | -5,088***<br>(0,909) | 10,037***<br>(0,514) | 9,427***<br>(0,502)  | -0,445**<br>(0,248)  |
| Konstante                               | Koeffizient | 33,095***<br>(0,262)                         | 17,069***<br>(0,346) | 19,215***<br>(0,271) | 9,712***<br>(0,220)  | 3,448***<br>(0,123)  | 5,111***<br>(0,056)  |
| F-Statistik                             |             | 151,723                                      | 70,532               | 301,877              | 478,315              | 1377,09              | 12,772               |
| R <sup>2</sup>                          |             | 0,607  | 0,418                | 0,753                | 0,83                 | 0,935                | 0,117                |
| Adjusted R <sup>2</sup>                 |             | 0,603  | 0,412                | 0,752                | 0,828                | 0,934                | 0,108                |
| Anzahl Kreise                           |             | 398  | 398                  | 398                  | 398                  | 398                  | 398                  |

1 Ökonomische Situation, strukturelle Verwundbarkeit der Wirtschaft, demografische Entwicklung.

Anmerkung: Standardfehler sind in Klammern angegeben. Signifikanzniveaus: \* = 10 Prozent, \*\* = 5 Prozent, \*\*\* = 1 Prozent.

Lesebeispiel: Der Koeffizient von 0,612 (Zeile 1 / Spalte Grüne) bedeutet, dass ein Anstieg der Variable „Ökonomische Situation“ um eine Standardabweichung über den Bundesdurchschnitt ceteris paribus mit einem Anstieg des Wahlergebnisses der Grünen um 0,612 Prozentpunkte einhergeht.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

in den letzten zehn Jahren gestiegen ist. Auch sind die Grünen in Kreisen mit positiver demografischer Entwicklung besonders stark, also in Regionen mit vergleichsweise weniger alten Menschen und höherer Zuwanderung. Die Grünen sind die einzige Partei, für die der Zusammenhang zwischen positiver Zusammensetzung der demografischen Komponente in den Kreisen und höherer Zustimmung gilt. Dagegen schneiden die Grünen im Durchschnitt schlechter ab in Kreisen, in denen das Risiko für Arbeitsplatzverluste aufgrund der fortschreitenden Automatisierung hoch und die Wirtschaft tendenziell kleinteiliger ist. Entsprechend scheinen die Grünen insbesondere in Kreisen attraktiv zu sein, in denen das produzierende Gewerbe weniger vertreten ist, dafür aber die mittlerweile sehr wachstumsstarken wissensintensiven Dienstleistungen.

Auch die Größe der Effekte ist informativ: Die ökonomische Situation (also hohe Einkommen oder geringe Arbeitslosigkeit) spielt zwar eine Rolle, fällt im Vergleich zur demografischen Stärke und wirtschaftlichen Struktur aber weniger ins Gewicht. Mit anderen Worten: Die Grünen haben vor allem in solchen Kreisen viele Stimmen erhalten, die demografisch jung und dynamisch sowie strukturell solide und zukunftsorientiert sind.

Ganz anders die AfD. Die Partei erzielte bei der Europawahl im Durchschnitt bessere Ergebnisse, je größer die strukturellen Auffälligkeiten sind, also vor allem dort, wo einerseits besonders vielen Menschen ein Arbeitsplatzverlust droht und andererseits die Dichte von Handwerksunternehmen hoch ist. Gleichmaßen ist die AfD in Kreisen stark, die mit Abwanderung zu kämpfen haben und in denen

überdurchschnittlich viele ältere Menschen leben. Auch in Kreisen, in denen die ökonomische Situation weniger gut ist, lagen die Stimmanteile der AfD durchschnittlich höher.<sup>12</sup> Wie bei den Grünen hat auch für die AfD diese ökonomische Komponente einen geringeren Einfluss als die beiden anderen Faktoren.

Die Signifikanz der Koeffizienten der Ost-West-Dummies bestätigen weiterhin die Stärke der AfD in Ostdeutschland und der Grünen in Westdeutschland, die zu einem signifikanten Anteil nicht durch die Variablen im Modell erklärt werden können.<sup>13</sup>

### Ergebnisse der Grünen und der AfD werden durch das Schätzmodell gut erfasst – von regionalen Besonderheiten abgesehen

Die drei Strukturfaktoren beschreiben zusammen mit der Dummy-Variable 83 Prozent der Variation der

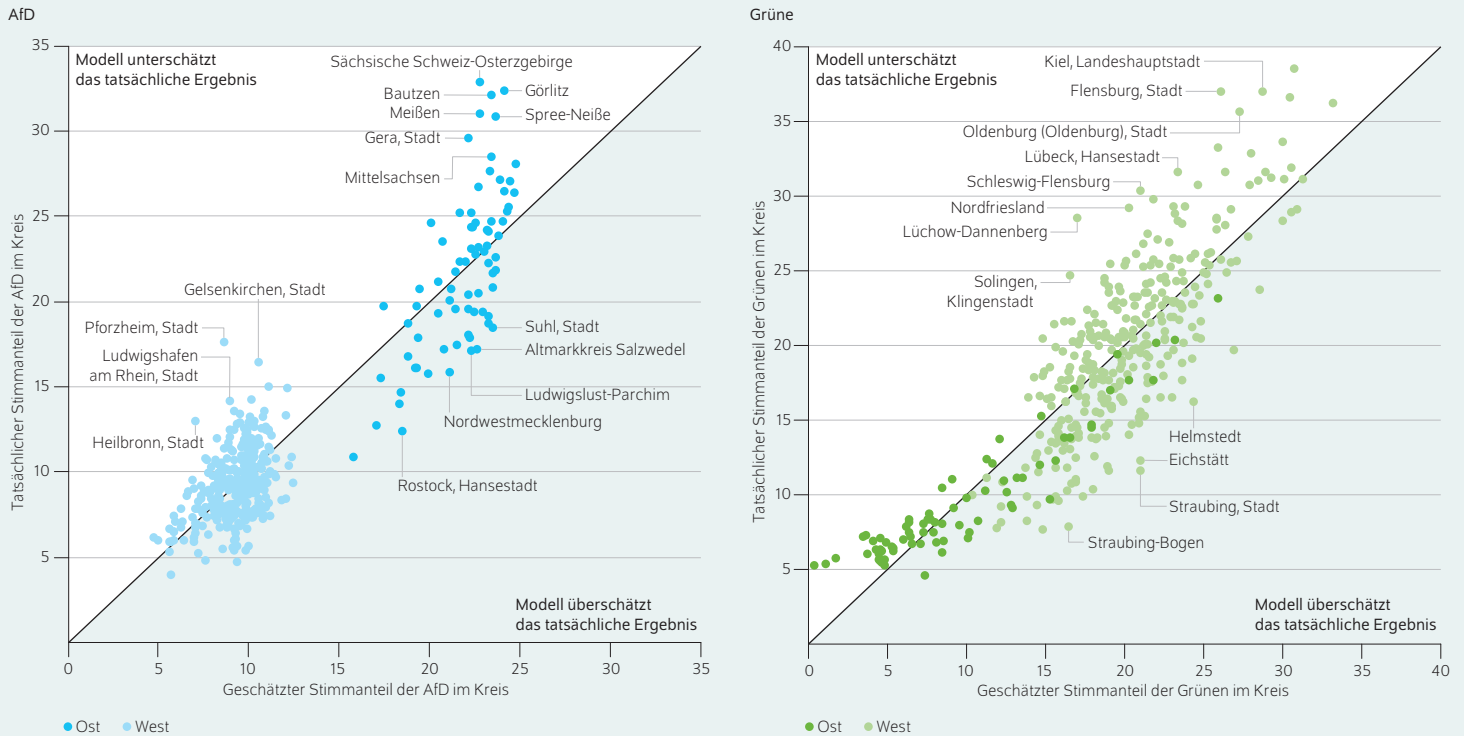
<sup>12</sup> Diese Ergebnisse korrespondieren auch mit einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die entlang der Bereiche Wirtschaft, Demografie und Infrastruktur 19 „gefährdete“ Regionen identifiziert – allerdings auf Ebene der sogenannten Raumordnungsregionen. Obgleich sich insbesondere die strukturelle Variable erheblich von der hier verwendeten Zusammensetzung unterscheidet, gibt es erhebliche Überschneidungen. Bringt man die Wahlergebnisse auf Kreisebene mit den als „gefährdet“ kategorisierten Regionen zusammen, so erhält man ein stimmiges Bild. Innerhalb der jeweiligen Bundesländer haben Kreise in diesen „gefährdeten“ Regionen tendenziell einen durchschnittlich höheren Stimmanteil der AfD als in den „nicht gefährdeten“ Regionen des Bundeslandes. Vgl. Christian A. Oberst, Hanno Kempermann und Christoph Schröder (2019): Räumliche Entwicklung in Deutschland. In: Michael Hüther, Jens Südekum und Michael Voigtländer (Hrsg.): Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit. IW-Studien - Schriften zur Wirtschaftspolitik aus dem Institut der deutschen Wirtschaft (online verfügbar).

<sup>13</sup> Durch die Aufnahme eines solchen Dummy werden die Resultate nicht durch systematische Unterschiede zwischen Ost und West erklärt, sondern durch die Variationen innerhalb Westdeutschlands und innerhalb Ostdeutschlands.

Abbildung 6

## Geschätzte und tatsächliche Wahlergebnisse in Kreisen und kreisfreien Städten

Europawahl 2019, vom Modell geschätzter (y-Achse) und tatsächlicher (x-Achse) Stimmanteil in Prozent



Anmerkung: N = 398 Kreise und kreisfreie Städte. Punkte, die mit Namen versehen sind, weichen um über fünf Prozentpunkte (links, AfD) oder um über acht Prozentpunkte (rechts, Grüne) vom tatsächlichen Ergebnis ab.

Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

In vielen sächsischen Kreisen war der Zuspruch für die AfD viel größer als vom Modell geschätzt. Die Grünen haben in Norddeutschland deutlich höhere Ergebnisse erzielt als erwartet.

AfD-Stimmanteile bei der Europawahl 2019 (Tabelle, Zeile 13). Bei den Grünen erklärt das Modell mit rund 75 Prozent zwar etwas weniger der Variation, aber die drei Strukturfaktoren erfassen einen hohen Anteil der Variation in den Ergebnissen der beiden Parteien.

Für bestimmte Kreise kann das Modell die Wahlergebnisse weniger gut erklären. Bei der AfD trifft das auf alle sächsischen Kreise – mit Ausnahme der Stadt Leipzig – zu: Dort unterschätzt das Modell das tatsächliche AfD-Ergebnis (Abbildung 6, linker Teil). In Mecklenburg-Vorpommern dagegen überschätzt das Modell die tatsächlichen Stimmanteile der AfD. Unter der Annahme, dass die gewählten Variablen und das Modell in der Lage sind, die ökonomische, strukturelle und demografische Situation eines Kreises richtig zu erfassen, bedeuten diese Über- und Unterschätzungen, dass die Wahlentscheidung in diesen Kreisen zu einem entsprechenden Teil von anderen Faktoren, etwa der regionalen Bekanntheit und Popularität bestimmter Kandidatinnen und Kandidaten, bestimmt wurde. Bei den Grünen unterschätzt das Modell die Stimmanteile in vielen Kreisen in Schleswig-Holstein (Abbildung 6, rechter Teil), in Flensburg etwa fielen die Ergebnisse um über zehn

Prozentpunkte höher aus als die Schätzung ergab. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz dagegen fuhr die Partei niedrigere Ergebnisse ein, als die Schätzung es erwarten ließ. In den drei bayerischen Kreisen Straubing, Straubing-Bogen und Eichstätt wurden die Ergebnisse der Grünen am meisten überschätzt: Die gute wirtschaftliche Situation und eine attraktive demografische Entwicklung hätten einen um acht bis neun Prozentpunkte höheren Stimmanteil für die Grünen erwarten lassen.

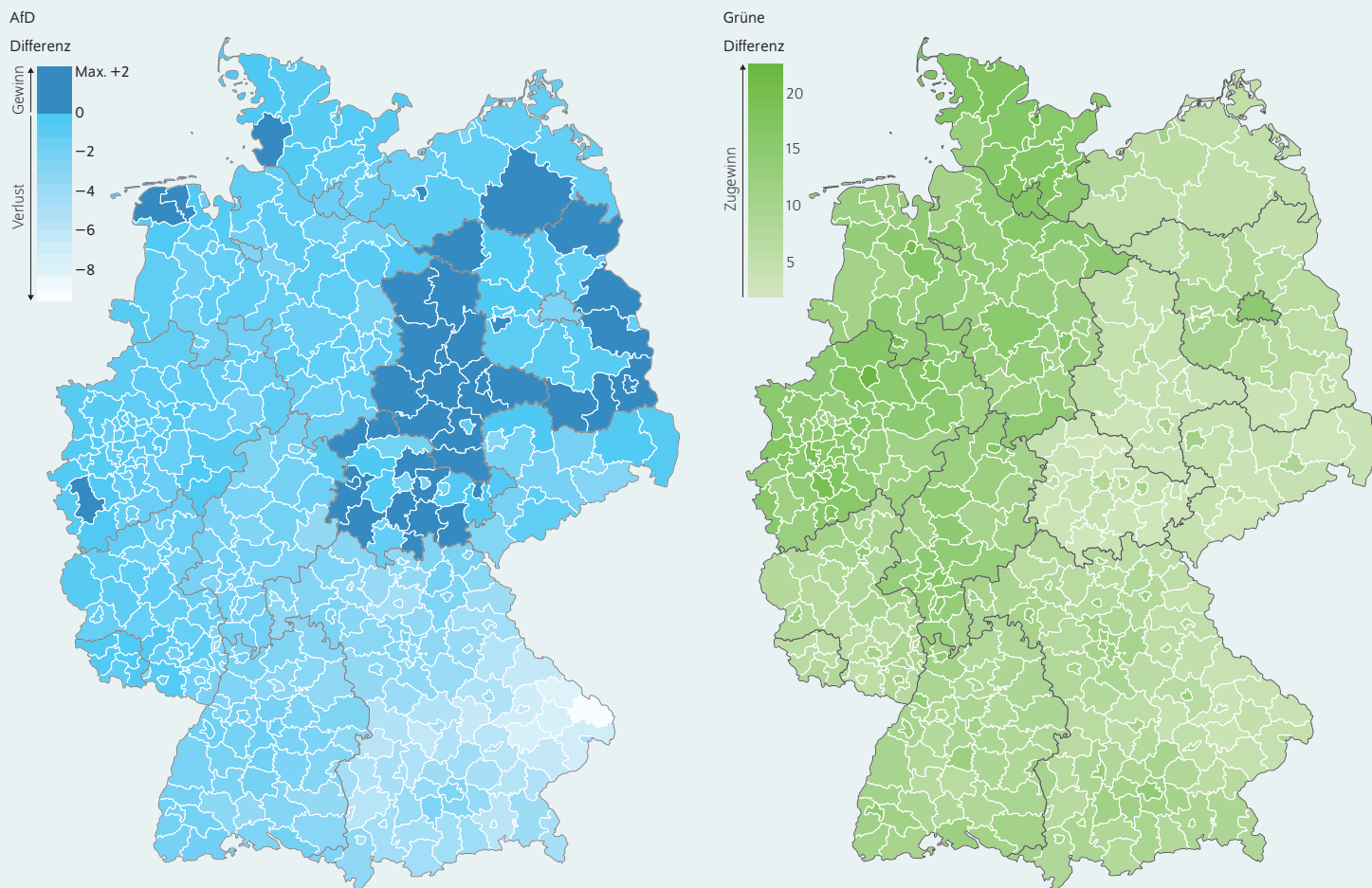
## Demografische und strukturelle Faktoren wichtiger für den Erfolg von AfD und Grünen als bei der Bundestagswahl

Im letzten Schritt der Analyse wird untersucht, inwiefern sich die herausgestellten Muster gegenüber der Bundestagswahl 2017 verändert haben. Dazu werden die drei Variablen aus der obigen Schätzung verwendet, um das Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 2017 zu erklären.

Man kann sich fragen, ob der Vergleich zwischen einer Europawahl und einer Bundestagswahl angebracht ist. Für viele Wählerinnen und Wähler nimmt die Europawahl einen

Abbildung 7

## Veränderung der Stimmanteile von Bundestagswahl 2017 zu Europawahl 2019 In Prozentpunkten



Anmerkung: Alle Kreise, in denen die AfD einen Zugewinn bei den Stimmanteilen erzielte, sind hier zur Vereinfachung einheitlich blau visualisiert. Den höchsten Zugewinn verzeichnete die AfD im Kreis Spree-Neiße: 1,995 Prozentpunkte.

Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

In den allermeisten Kreisen hat die AfD bei der Europawahl gegenüber der Bundestagswahl Stimmen eingebüßt. Die Grünen haben demgegenüber ihr Ergebnis in jedem Kreis steigern können.

geringeren Stellenwert ein, was sich nicht zuletzt an der Wahlbeteiligung zeigt: Bei der Bundestagswahl 2017 stimmten fast 9,2 Millionen Menschen mehr ab als bei der Europawahl, auch schneiden kleine und Oppositionsparteien tendenziell besser ab als in nationalen Wahlen.<sup>14</sup> Gleichzeitig dominieren aber auch bei der Europawahl nationale Themen die Wahlentscheidung. Mit Blick auf die AfD lässt sich die diesjährige Europawahl zudem schwer mit der des Jahres 2014 vergleichen, da die Partei im Jahr 2014 inhaltlich wie personell eine ganz andere war. Bei aller Vorsicht kann der Vergleich der Wahlergebnisse von 2019 und 2017 also informativ sein.

<sup>14</sup> Unter anderem deshalb wurde die Europawahl seit jeher als „Nebenwahl“ („second-order national election“) bezeichnet.

Die AfD konnte im Jahr 2019 nur in 40 der 401 Kreise und kreisfreien Städten höhere Stimmanteile erzielen als bei der Bundestagswahl; 36 dieser Kreise lagen in ostdeutschen Bundesländern (Abbildung 7, linker Teil).<sup>15</sup> Bemerkenswert ist der Verlust der AfD in den beiden süddeutschen Bundesländern, insbesondere im östlichen Bayern.

Die Grünen haben dagegen in jedem der 401 Kreise Deutschlands einen höheren Stimmanteil erzielen können als 2017 (Abbildung 7, rechter Teil). In den westdeutschen Bundesländern war der durchschnittliche Zugewinn deutlich höher als in den ostdeutschen – mit Ausnahme Berlins. Es bestätigte

<sup>15</sup> Lediglich vier westdeutsche Kreise verzeichneten einen höheren AfD-Stimmanteil, in jedem lag der Zugewinn gegenüber 2017 bei weniger als einem Prozentpunkt.

sich, dass die Grünen in größeren Städten deutlich stärker gewinnen konnten.<sup>16</sup>

Angesichts dieser teils erheblichen Veränderungen wird überprüft, welche Rolle die hier untersuchten Dimensionen bei der Veränderung der Stimmanteile gegenüber 2017 spielen. Erstens wurden die Grünen bereits 2017 insbesondere in Kreisen gewählt, die eine weniger verwundbare Wirtschaftsstruktur und gleichzeitig eine positive demografische Situation aufweisen (Abbildung 8). Bei der Europawahl entfalten diese Faktoren einen noch stärkeren Einfluss. Dagegen erzielte die AfD bereits bei der Bundestagswahl 2017 in demografisch schwächeren und strukturell verwundbareren Kreisen bessere Ergebnisse. Auch bei der Europawahl bleibt dieser Zusammenhang bestehen, wobei die Bedeutung der demografischen Schwäche als Merkmal von Kreisen zunimmt, in denen die AfD eine hohe Zustimmung erfährt. Auch weil die Partei 2019 in Bayern und Baden-Württemberg hinter den Ergebnissen aus 2017 zurückbleibt, nimmt die Bedeutung der strukturellen Verwundbarkeit etwas ab.

Die Union scheint zunächst der stärkste Gegenpol zu den Grünen zu sein. Allerdings löst sich diese (scheinbare) Polarisierung auf, wenn auch die Dimension der wirtschaftlichen Stärke von Kreisen berücksichtigt wird. Die Union schneidet in wirtschaftlich stärkeren Kreisen besser ab – ganz ähnlich wie die Grünen, aber im Gegensatz zur AfD.

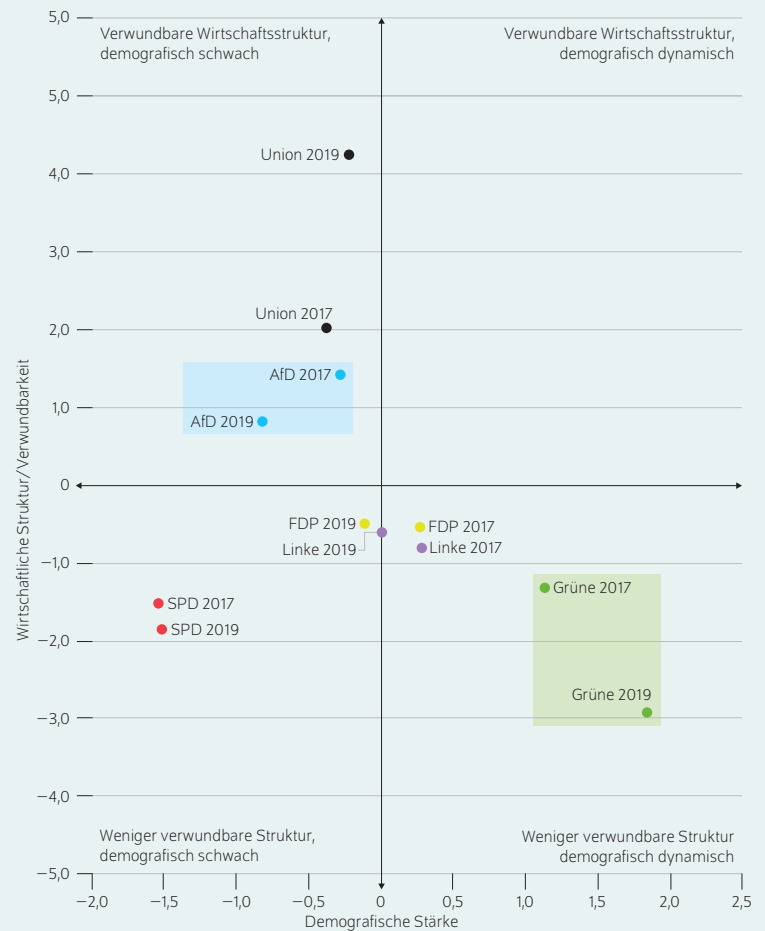
Insgesamt lässt sich festhalten, dass die regionale Polarisierung in den Stimmanteilen sowohl 2017 als auch 2019 vorhanden ist.<sup>17</sup> Im Falle der Grünen erhöht sie sich sogar noch.<sup>18</sup>

### Fazit: Die gesellschaftliche Spaltung Deutschlands hinterlässt politisch tiefe Spuren

Die Europawahl hat eine Verschiebung in der deutschen Parteienlandschaft offenbart: Abkehr von der Großen Koalition, hin vor allem zu den Grünen bei gleichzeitiger Konsolidierung der AfD. Die hier durchgeführten Analysen machen deutlich, dass diese beiden Parteien in Regionen

Abbildung 8

#### Vergleich der geschätzten Koeffizienten durch das Modell für die Bundestagswahl 2017 und die Europawahl 2019



Anmerkung: Die verwendeten Modelle entsprechen dem Modell aus der Tabelle dieses Wochenberichts. Zur Vereinfachung der Darstellung werden die Koeffizienten der Variable „Ökonomische Situation“ sowie die Ost-West-Dummyvariable nicht abgebildet.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Kreise, in denen AfD und Grüne im Durchschnitt höhere Ergebnisse erzielt haben, weisen entgegengesetzte Merkmale auf.

<sup>16</sup> In der Liste der zehn Kreise mit dem größten Zugewinnen befinden sich dabei neun kreisfreie Städte in Schleswig-Holstein (Kiel, Flensburg, Lübeck), Niedersachsen (Oldenburg, Osnabrück) und Nordrhein-Westfalen (Münster, Düsseldorf, Köln, Bonn). Obgleich die Zugewinne in den ostdeutschen Kreisen im Durchschnitt niedriger waren, gibt es auch hier Kreise mit zweistelligen Veränderungen (Potsdam, Leipzig, Rostock, Jena).

<sup>17</sup> Die Polarisierung zwischen den beiden Parteien in den Jahren 2017 und 2019 gilt (im Unterschied zu allen anderen Parteien) auch für die in Abbildung 8 nicht dargestellte dritte Dimension „ökonomische Situation“.

<sup>18</sup> Nicht im Fokus der vorliegenden Analyse, aber dennoch bemerkenswert sind die in Abbildung 8 dargestellten Ergebnisse für die SPD. Die Koeffizienten haben sich zwischen 2017 und 2019 kaum verändert. Das erscheint erstaunlich angesichts der Einbußen, die die Partei bei der Europawahl hinnehmen musste (in 388 Kreisen erreichte die SPD einen geringeren Stimmanteil als 2017). Allerdings muss auch anerkannt werden, dass die Analyse der regionalen Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur viele für die Wahlentscheidung wichtige Faktoren unberücksichtigt lässt (etwa die Popularität der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten, die allgemeine Wahrnehmung der Partei und deren programmatische Ausrichtung). Zwar erklärt das hier gewählte Modell für die SPD einen guten Teil der Variation der Wahlergebnisse (58 Prozent für die Bundestagswahl 2017 und 42 Prozent für die Europawahl 2019), die Veränderung scheint aber nicht stärker durch demografische Faktoren getrieben worden zu sein.

mit entgegengesetzten wirtschaftlichen, strukturellen und demografischen Merkmalen erfolgreich sind. Die Grünen erhalten in wirtschaftlich starken Regionen, Regionen mit positivem Wanderungssaldo sowie Regionen mit einer für Veränderungen weniger anfälligen Wirtschaftsstruktur viel Zustimmung. Die AfD genießt dagegen in wirtschaftlich schwachen sowie in überalterten Regionen und solchen mit einer höheren strukturellen Verwundbarkeit starken Zulauf.

Die Grünen sind demnach in Kreisen mit aus ökonomischer Sicht vorteilhaften Ausprägungen stark, die AfD in Kreisen mit entsprechend ökonomisch weniger vorteilhaften Ausprägungen. Eine solch eindeutige Zuordnung ist für keine



der anderen im Bundestag vertretenen Parteien möglich – auch nicht für die kleineren Parteien wie FDP oder Linke. Gleichzeitig gilt für Grüne wie AfD, dass die aktuelle ökonomische Situation im Vergleich zu den demografischen und strukturellen Faktoren das Abstimmungsverhalten in den Kreisen in geringerem Maße erklärt. Der Vergleich mit der Bundestagswahl 2017 bestätigt die zunehmende Polarisierung der Kreise entlang der demografischen und strukturellen Dimensionen.

Die Ergebnisse weisen auf eine grundlegende demografische Problematik hin, die verschiedene Regionen in Deutschland belastet und tendenziell mit einem hohen Zuspruch zur AfD einhergeht.<sup>19</sup> Hinter diesem strukturellen Faktor verbergen sich maßgebliche wirtschaftliche Probleme, die vor allem die Perspektiven dieser Regionen erheblich eintrüben. Keine der gängigen Erklärungen (etwa die von den Modernisierungsverlierern<sup>20</sup>) wird dabei alleine in der Lage sein, diese empfundene Perspektivlosigkeit vollständig zu erfassen.

Aus alldem lassen sich Politikimplikationen ableiten. Die Zugewinne der Grünen und AfD und die Verluste der Regierungsparteien lassen sich dahingehend interpretieren, dass die bisherige Politik der Großen Koalition nicht in der Lage war, wichtige Aspekte der Lebensverhältnisse von Menschen in Deutschland in den vergangenen Jahren ausreichend zu verbessern. Insofern gibt dieser Bericht Hinweise darauf, welche Form von Politikmaßnahmen zukünftig priorisiert werden sollten. Statt kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation sollte die Politik die strukturelle Verwundbarkeit der Wirtschaft und die demografische Situation in stärkerem Maße in den Blick nehmen, auch und gerade wenn diesen Herausforderungen nur mit längerfristigen Investitionen begegnet werden kann. Es sind die Zukunftsthemen, die hier in den Vordergrund rücken, etwa die Stärkung der digitalen Infrastruktur, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, um auf die Digitalisierung einzugehen, und eine ausreichende Finanzierung der Kommunen bei Infrastrukturinvestitionen.

<sup>19</sup> Siehe dazu auch Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. DIW Wochenbericht Nr. 8 (online verfügbar).

<sup>20</sup> Zu entsprechenden Erklärungsansätzen vgl. beispielsweise Susanne Rippl und Christian Seipel (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70(2), 237–254.

**Christian Franz** ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich am DIW Berlin | cfranz@diw.de

**Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

**Alexander S. Kritikos** ist Forschungsdirektor im Vorstandsbereich am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam | akritikos@diw.de

JEL: D72, Z13

**Keywords:** political parties, elections, Germany, economy, demography, structural data, European elections, Federal elections.

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 34/2019:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)



## INTERVIEW



# „Ungleiche Lebensverhältnisse in Deutschland spiegeln sich im Europawahlergebnis wider“

Christian Franz, wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich am DIW Berlin

**1. Herr Franz, Sie haben das regionale Wahlverhalten bei der diesjährigen Europawahl auf Kreisebene untersucht. Welche Verschiebungen haben sich im Wahlergebnis im Vergleich zur letzten Bundestagswahl ergeben?** Ausgangspunkt für uns war die Europawahl 2019. Dort interessierten uns insbesondere die Veränderung zweier Oppositionsparteien: Zum einen haben die Grünen gegenüber dem Stimmanteil bei der Bundestagswahl 2017 in jedem einzelnen Kreis Deutschlands erheblich dazugewonnen. Auf der anderen Seite hat die AfD ihr Ergebnis konsolidieren können. Das Ergebnis, das sie bei der Bundestagswahl erzielte, hat sie in weiten Teilen in die Europawahl mitgenommen.

**2. Worin unterscheiden sich die Kreise, in denen die Grünen und in denen die AfD stark abgeschnitten haben?** Die Zustimmung für die Grünen war tendenziell dort stark, wo die wirtschaftsstrukturelle Verwundbarkeit geringer ist, also weniger Arbeitsplätze durch Trends wie Automatisierung bedroht sind, wo mehr Menschen zu- als abgewandert sind und die Bevölkerung tendenziell jünger ist. Zudem waren die Grünen in Kreisen erfolgreich, in denen die verfügbaren Einkommen höher und die Arbeitslosigkeit niedriger war. Bei der AfD ist das diametral entgegengesetzt. Sie war dort stärker, wo der Altersdurchschnitt höher ist, die Abwanderung in der Vergangenheit höher war und die wirtschaftliche Struktur anfällig ist. Aber auch dort, wo die ökonomische Lage durchschnittlich schlechter war, hat die AfD tendenziell bessere Wahlergebnisse erzielt.

**3. Inwieweit sind unterschiedliche Lebensverhältnisse in Deutschland für diese Polarisierung verantwortlich?** Die Lebensverhältnisse in Deutschland sind aus dieser wirtschaftlich-demografischen Sicht sehr unterschiedlich. Dass wir auch in Bezug auf das Wahlergebnis eine Spaltung Deutschlands sehen, das war auch für uns das Erstaunliche.

**4. Die AfD ist vornehmlich in Kreisen mit einem hohen Durchschnittsalter stark. Bedeutet das, dass die AfD vornehmlich von älteren Menschen gewählt wird?**

Bei den Grünen ist die Wählerschaft auf individueller Ebene tendenziell eher jünger. Bei der AfD ist die Situation eine andere. Die Wählerschaft der AfD ist auf Personen bezogen tendenziell im mittleren Alter. Auf Kreisebene ist die AfD aber vor allem in jenen Kreisen stärker, die einen wesentlich höheren Anteil von Menschen im Alter von 60 Jahren und älter haben. Dieser vermeintliche Widerspruch lässt sich unter der Annahme auflösen, dass der Zuspruch zur AfD auch ein Signal der Enttäuschung sein kann, wenn Menschen, die mitten im Leben stehen, in einer Region leben, in der viel Abwanderung stattgefunden hat, in der sich die ökonomische Situation nicht wesentlich verbessert hat und in der gleichzeitig etablierte Arbeitsplätze durch grundsätzliche Veränderungen wie Automatisierung bedroht sind.

**5. Wie sieht es bei der regionalen Verteilung aus? Sind die Grünen eine Westpartei und die AfD eine Ostpartei?** Die Ergebnisse der AfD sind in den ostdeutschen Bundesländern mit Ausnahme von Berlin deutlich höher als in den westdeutschen Bundesländern. Bei den Grünen ist das umgekehrt. Allerdings haben die Grünen auch in ostdeutschen Kreisen zugelegt.

**6. Gibt es auch Kreise in Deutschland, in denen das Wahlergebnis ganz anders ausgefallen ist, als es Ihre Analyse nahelegen würde?** Auf Grundlage unseres Modells würden wir eigentlich für die AfD in allen sächsischen Kreisen ein weniger hohes Ergebnis erwarten. Dort unterschätzen wir das Wahlergebnis der AfD teilweise ganz erheblich. Ähnlich ist es für die Grünen in einigen Kreisen Schleswig-Holsteins. Dort hätte unser Modell für die Grünen wesentlich geringere Werte erwarten lassen. Offenbar gibt es da noch andere politische und lokale Gründe für den Stimmanteil von Grünen und AfD. Insgesamt werden die Ergebnisse der Europawahl durch unser Schätzmodell aber gut erfasst.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



CLAUS MICHELSEN

# Die Zeit ist reif für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal leicht geschrumpft, wie das Statistische Bundesamt vergangene Woche bekannt gab. Dies hat sich in den vergangenen Monaten bereits mehr und mehr abgezeichnet. Die Unsicherheit aus dem in Washington angezettelten Handelskonflikt zwischen den USA und China ist Gift für die Weltwirtschaft, von der Deutschlands Exportmodell so sehr abhängt. Die Exporte nach Fernost waren bislang aber vergleichsweise stabil – die viel akuterer Probleme liegen vor der Haustür: Die drohenden Verwerfungen und die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Brexit wirken sich bereits jetzt dämpfend auf die deutschen Exporte in das Vereinigte Königreich aus. Und auch die Nachfrage aus Italien hat – wohl auch infolge der dortigen politischen Situation – spürbar nachgelassen.

Sinkt das Bruttoinlandsprodukt auch im laufenden dritten Quartal, befände sich die deutsche Wirtschaft in einer technischen Rezession – zum ersten Mal seit der Jahreswende 2012/2013. Entsprechend groß ist die Aufregung – nicht zu Unrecht, denn die Konjunktur hat sich hierzulande tatsächlich spürbar abgekühlt, auch wenn die Binnenwirtschaft nach wie vor solide läuft, der Arbeitsmarkt noch ganz gut dasteht und auf den Baustellen weiterhin ordentlich rangeklotzt wird.

Letztlich ist es aber gar nicht wirklich entscheidend, ob die deutsche Wirtschaft tatsächlich in eine technische Rezession rutscht oder knapp an ihr vorbeischrumpft. So oder so ist die Zeit mehr denn je reif, einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik einzuleiten. Die Bundesregierung sollte die Spielräume in den öffentlichen Kassen sinnvoll nutzen und eine Agenda für die Modernisierung des Standorts Deutschland verfolgen. Dies würde nicht nur die Wachstumsperspektiven verbessern, sondern auch das Vertrauen der Unternehmen stärken, was deren Investitionsbereitschaft erhöht und kurzfristig die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützt. Ein solches Programm bestünde aus drei Teilen.

Erstens müsste das Dogma der schwarzen Null überwunden werden. Denn die Gelegenheit ist dank historisch niedriger Zinsen günstig wie nie zuvor, um wichtige Investitionen, die die

deutsche Wirtschaft zukunftsfest machen, umzusetzen. Der Staat sollte mehr Geld ausgeben, um beispielsweise Projekte der Energie- und Mobilitätswende, im Bereich der Digitalisierung, aber auch auf dem Wohnungsmarkt voranzubringen. Die öffentlichen Investitionen sollten dafür nicht nur für ein oder zwei, sondern für zehn oder 15 Jahre um ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder 30 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden, bestenfalls abgesichert durch eine langfristige politische Vereinbarung mit den Oppositionsparteien. Nicht abgerufene Gelder sollten in einen Investitionsfonds überführt werden. Eine solch langfristige Perspektive würde Planungssicherheit bei allen Beteiligten schaffen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Schuldenbremse reformiert oder gar abgeschafft werden, denn sie droht immer mehr zu einer Investitionsbremse zu werden. Sie fokussiert allein auf die Staatsausgaben und ignoriert die öffentlichen Vermögen – was nicht zielführend ist, wenn die Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft langfristig in Takt sein sollen.

Als zweites Element sollten private Investitionen gefördert werden. Dabei helfen mehr öffentliche Investitionen, die private nach sich ziehen. Zusätzlich sollten aber auch die Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionsausgaben verbessert und steuerliche Anreize für Innovationen geschaffen werden. Und schließlich brauchen drittens die Kommunen mehr Unterstützung: Diese stellen einen großen Teil der Infrastruktur in Deutschland bereit, können vielfach aber aufgrund hoher Schulden diesen Aufgaben nicht mehr vollumfänglich nachkommen. Sie sollten mithilfe des Bundes entschuldet werden, damit vor allem die besonders klammen Kommunen die finanzielle Kraft für Investitionen zurückerhalten. Dabei geht es auch darum, die Regionen in Deutschland nicht noch weiter auseinanderdriften zu lassen, Stichwort gleichwertige Lebensbedingungen.

Die Zeit ist reif für einen Kurswechsel, technische Rezession hin oder her.

Dieser Text ist in Teilen als Gastbeitrag von Claus Michelsen, DIW-Präsident Marcel Fratzscher und Christian Odendahl, Chefökonom am Centre for European Reform (CER), am 12. August 2019 in der Süddeutschen Zeitung erschienen.